

BFH – Anhängige Verfahren

AO § 124 Abs 1 S 1:

Negativer Feststellungsbescheid, Bekanntgabe, Wirksamkeit, Nichtigkeit

Bundesfinanzhof Az: IV R 35/23

1. Ist ein negativer Feststellungsbescheid allen Feststellungsbeteiligten einzeln bekanntzugeben, da § 183 Abs. 1 AO nicht anwendbar ist?
2. Zur Auslegung, wann ein negativer Feststellungsbescheid vorliegt.

AO § 169 Abs 1:

Prüfungsanordnung, Feststellungsverjährung, Ablaufhemmung

Bundesfinanzhof Az: IV R 21/24

Zur Hemmung der Feststellungsverjährung nach § 171 Abs. 4 AO bei Überschreiten des Umfangs der Prüfungsanordnung - Auslegung der Prüfungsanordnung

AO § 180 Abs 5 Nr 1:

Gold, Ausländische Einkünfte, Gewinnermittlungsart, Wahlrecht, Buchführungspflicht, Stichtag

Bundesfinanzhof Az: IV R 18/25

Besteht eine Buchführungspflicht im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) nach ausländischem Recht nur dann, wenn der Abschluss zwingend zum Schluss des Wirtschaftsjahrs im Sinne des § 4a Abs. 1 EStG aufzustellen ist, oder reicht die Pflicht zur Erstellung von Abschlüssen auf irgendeinen beliebigen Zeitpunkt?

AO § 180 Abs 5 Nr 1:

Gold, Steuerstundungsmodell, Ausländische Einkünfte, Negativer Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: IV R 19/25

Ist die Würdigung des Finanzgerichts widersprüchlich, wenn es das Vorliegen eines Konzepts im Sinne des § 15b Abs. 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes verneint, obwohl nach seinen eigenen Feststellungen im Streitfall im Wesentlichen auf ein vor der Investitionsentscheidung bereits entwickeltes Konzept zurückgegriffen und lediglich das Strukturpapier zur konkreten Umsetzung erst danach erstellt worden ist?

AO § 69:

Haftung, Geschäftsführer, Pflichtverletzung

Bundesfinanzhof Az: VII R 14/25

Unter welchen Voraussetzungen kann eine haftungsbegründende Pflichtverletzung eines Geschäftsführers im Zusammenhang mit einer "Firmenbestattung" bestehen, wenn der Geschäftsführer abberufen wurde?

AStG § 1 Abs 4:

Außensteuerrecht, Darlehen, Tochtergesellschaft, Einkünftekorrektur, Verbundene Unternehmen, Geschäftsbeziehung

Bundesfinanzhof Az: IV R 22/24

Einkünfteberichtigung nach § 1 AStG wegen Gewährung eines vorerst tilgungsfreien, unverzinslichen Darlehens gegenüber der ausländischen Tochtergesellschaft zur Produktion, wenn diese gegenüber der Muttergesellschaft dafür Werkleistungen zu einem günstigeren Preis erbringt? Ist eine einheitliche Betrachtung der Geschäfte möglich?

BewG § 151 Abs 1 S 1 Nr 1:

Grunderwerbsteuer, Grundbesitzwert, Bodenrichtwert

Bundesfinanzhof Az: II R 46/25

Wann gilt ein Bodenrichtwert für einzelne Grundstücke innerhalb einer Richtwertzone nicht, weil vom Richtwertgrundstück abweichende wertbeeinflussende Merkmale vorliegen?

DBA CHE Art 2 Abs 3 Nr 1 Buchst b:

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Schifffahrt, Betriebsstätte, Gewerbesteuer

Bundesfinanzhof Az: IV R 32/23

1. Führt eine KG im Inland nur das Befrachtungsgeschäft für ihre Kommanditistin, eine Reederei mit Geschäftsleitung in der Schweiz, durch, ist dies dann eine Agenturtätigkeit im Sinne des Art. 8 Abs. 4 Buchst. b DBA-Schweiz, die im unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Reedereibetrieb steht? Ist die ihrer Kommanditistin von der KG vermittelte inländische Betriebsstätte Teil des eigenunternehmerischen Schifffahrtsbetriebs der Kommanditistin mit der Folge, dass das ausschließliche Besteuerungsrecht an den Einkünften der KG nach Art. 8 Abs. 1 DBA-Schweiz der Schweiz zusteht?

2. Ist eine KG, auch wenn sie ein gewerbliches Unternehmen im Inland betreibt und selbst Subjekt der deutschen Gewerbesteuer ist (§ 5 Abs. 1 Satz 3 GewStG), nach dem DBA-Schweiz nicht abkommensberechtigt, weil sie keine Person im Sinne des Art. 3 Abs. 1 DBA-Schweiz und darüber hinaus auch nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist? Kann sie sich jedoch zugunsten ihrer Gesellschafter auch im Bereich der Gewerbesteuer auf deren Abkommensrechte berufen?

EGV 883/2004 Art 68 Abs 2 S 3:

Kindergeld, Differenzkindergeld, Entsendung

Bundesfinanzhof Az: III R 35/25

Finden in Entsendungsfällen die Antikumulierungsvorschriften der VO Nr. 883/2004 überhaupt Anwendung, und falls ja, was löst die Ansprüche im Sinne von Art. 68 VO Nr. 883/2004 aus?

Führt Art. 68 Abs. 2 Satz 3 der VO Nr. 883/2004 zu einem Leistungsausschluss in Entsendungsfällen und ist die Vorschrift europarechtskonform so auszulegen, dass dem entsendeten Wanderarbeitnehmer zumindest ein Gesamtbetrag an Leistungen verbleibt, der gleich dem Betrag der günstigsten Leistung ist, die ihm nach dem Recht nur eines dieser Staaten zusteht?

EGV 883/2004 Art 68:

Kindergeld, Ausland, Familienleistung, Differenzkindergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 28/25

Kindergeld für das bei der Mutter in Deutschland lebende minderjährige Kind, wenn für den Vater als Angehöriger der britischen Armee ein vorrangiger Anspruch auf britische Familienleistungen besteht:

Muss die nachrangig zuständige deutsche Familienkasse Kindergeld in voller Höhe zahlen, wenn das Auskunftsersuchen an die britische Verbindungsstelle unbeantwortet bleibt?

ErbStG § 13b Abs 4 Nr 1 S 2 Buchst a Alt 2:

Erbschaftsteuer, Grundbesitz, Verwaltungsvermögen

Bundesfinanzhof Az: II R 38/25

Erbschaftsteuer: Einstufung von Grundbesitz als Verwaltungsvermögen - Keine Nutzungsüberlassung von Grundbesitz durch den Gesellschafter an die Gesellschaft im Sinne des § 13b Abs. 4 Nr. 1 Satz 2 Buchst. a ErbStG bei "Zwischenschaltung" eines Dritten?

EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:

Doppelbesteuerung, Gewinnaufteilung, Betriebsstätte

Bundesfinanzhof Az: IV R 33/23

Wie ist der Gewinn aus dem Betrieb eines in verschiedenen Staaten belegenen Rohrleitungsnetzes aufzuteilen?

EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:

Doppelbesteuerung, Gewinnaufteilung, Betriebsstätte

Bundesfinanzhof Az: IV R 34/23

Wie ist der Gewinn aus dem Betrieb eines in verschiedenen Staaten belegenen Rohrleitungsnetzes aufzuteilen?

EStG § 20 Abs 1 Nr 7:

Kapitalforderung, Sonstige Leistung, Einkunftsart, Überlassung, Vergleichbarkeit

Bundesfinanzhof Az: VIII R 22/25

1. Sind Erträge aus dem Krypto-Lending den Einkünften aus § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG oder den Einkünften aus § 22 Nr. 3 EStG zuzuordnen?
2. Sind Kryptowährungen wie z.B. Bitcoin mit Fremdwährungen vergleichbar?

EStG § 4i S 1:

Sonderbetriebsausgabe, Auslandsbezug

Bundesfinanzhof Az: IV R 36/23

Liegt im Fall der vollkonsolidierenden Gruppenbesteuerung nach niederländischem Recht (sogenannte "fiscale eenheid"), bei der die gruppeninternen Transaktionen unberücksichtigt bleiben, eine Minderung der Steuerbemessungsgrundlage im Sinne des § 4i Satz 1 EStG vor?

ESTG § 50d Abs 8:

Besteuerungsrecht, Rückfallklausel, Freistellung, Nachweis, Grundfreibetrag

Bundesfinanzhof Az: VI R 26/25

Anforderungen an die Nachweispflicht des § 50d Abs. 8 EStG und Voraussetzungen des § 50d Abs. 9 EStG

1. Kann vom Steuerpflichtigen kein zusätzlicher Nachweis angefordert werden, wenn sich die Nichtbesteuerung bereits unmittelbar aus dem Gesetz des anderen Staates ergibt?
2. Ist § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG nicht anzuwenden, wenn die Nichtbesteuerung im anderen Staat darauf beruht, dass der andere Staat die Einkünfte allgemein nicht besteuert? Gilt dies insbesondere dann, wenn die Einkünfte des Steuerpflichtigen im anderen Staat unterhalb der Grenze liegen, bei der im anderen Staat die Steuerpflicht beginnt?
3. Das Verfahren I R 30/17 war durch Beschluss vom 27.01.2021 bis zur Entscheidung des BVerfG in dem Verfahren 2 BvL 21/14 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

ESTG § 50d Abs 9 S 1 Nr 2:

Doppelbesteuerung, Arbeitslohn, Pilot, Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: VI R 25/25

1. Ist der Arbeitslohn, den der im Inland ansässige Kläger, der als Pilot im internationalen Luftverkehr für eine in Irland ansässige Fluggesellschaft tätig ist, bezogen hat, in Deutschland zu besteuern? Anwendung der Rückfallklausel des § 50d Abs. 9 S. 1 Nr. 2 EStG? 2. Das Verfahren I R 86/13 war durch Beschluss vom 20.08.2013 bis zur Entscheidung des BVerfG in dem Verfahren 2 BvL 21/14 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

ESTG § 50d Abs 9:

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Seeschiff, Geschäftsleitung, Zypern

Bundesfinanzhof Az: VI R 27/25

Einkünfte eines unbeschränkt Steuerpflichtigen aus der nichtselbständigen Tätigkeit an Bord eines zypriotischen Seeschiffes

1. Steht nach der Regelung in Art. 14 Abs. 4 des ab 2012 geltenden DBA-Zypern, welche durch die Protokollerklärungen konkretisiert wurde, allein Zypern das Besteuerungsrecht zu, wenn sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens, also des Arbeitgebers, auf Zypern befindet? Ist es nicht erforderlich, dass das Unternehmen selbst internationalen See- oder Luftverkehr betreibt? Legt das BMF-Schreiben vom 03.05.2018 (BStBl I 2018, 643, Tz. 8.2.5), wonach Arbeitgeber i.S. des Art. 14 DBA-Zypern nur derjenige sein kann, der eigenständig den Schiffsverkehr betreibt, das DBA-Zypern unzutreffend aus?
2. Liegen die Voraussetzungen des § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG vor, wenn in den Fällen, in denen das Schiff, auf dem der Steuerpflichtige beschäftigt ist, nicht auf Zypern registriert ist, eine Besteuerung auf Zypern nur dann durchgeführt wird, wenn ein Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt auf Zypern vorliegt?
3. Das Verfahren I R 28/19 war durch Beschluss vom 12.04.2022 bis zur Entscheidung des BVerfG in dem Verfahren 2 BvL 21/14 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

EStG § 62 Abs 1a S 3:

Kindergeld, Arbeitslosigkeit, Freizügigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 17/25

Ist der Anspruch auf Kindergeld gem. § 62 Abs. 1a Satz 3 EStG i.V.m. § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Freizügigkeitsgesetz/EU ausgeschlossen, wenn die zuständige Agentur für Arbeit nur die Arbeitslosigkeit der Klägerin, aber nicht deren Unfreiwilligkeit bestätigt hat?

FreizügG/EU § 2 Abs 2:

Kindergeld, Auskunftsersuchen, Ausland, Familienleistung

Bundesfinanzhof Az: III R 20/25

Kürzung des deutschen Kindergelds um die Höhe des polnischen Kindergeldanspruchs: Wie ist mit einer fehlenden Rückmeldung zum Anspruch auf ausländische Familienleistungen umzugehen bzw. ab wann und unter welchen Umständen ist von einem Scheitern des Auskunftsersuchens auszugehen?

GewStG § 3 Nr 20 Buchst b:

Gewerbesteuerbefreiung, Krankenhaus, Unterkunft, Wahlleistung

Bundesfinanzhof Az: VII R 23/25

Gewerbesteuerfreiheit für Wahlleistungen eines Krankenhauses

Sind auch die Erträge aus dem Betrieb eines Krankenhauses, die im Zusammenhang mit Komfortelementen bei der Inanspruchnahme der Wahlleistung "Unterkunft" durch Patienten stehen, von der Befreiung des § 3 Nr. 20 Buchst. b GewStG erfasst?

GewStG § 3 Nr 20 Buchst d:

Gewerbesteuerbefreiung, Ambulanter Pflegedienst, Einrichtung, Kostentragung

Bundesfinanzhof Az: VII R 35/24

In welchem Umfang ist einer Betreiberin eines ambulanten Pflegedienstes die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 20 Buchst. d GewStG zu gewähren?

GewStG § 3 Nr 20 Buchst e:

Gewerbesteuerbefreiung, Rehabilitation, Heilmittel, Ergotherapie

Bundesfinanzhof Az: VII R 36/24

Zur Gewerbesteuerbefreiung von Ergotherapieleistungen in fremden Einrichtungen

Fallen auch die von einer GmbH aufgrund ärztlicher Verordnungen, aber nicht unter fachärztlicher Aufsicht und Leitung erbrachten Ergotherapieleistungen unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 20 Buchst. e GewStG?

GewStG § 3 Nr 20 Buchst e:

Gewerbesteuerbefreiung, Rehabilitation, Heilmittel, Physiotherapie

Bundesfinanzhof Az: VII R 37/24

Zur Gewerbesteuerbefreiung von Physiotherapieleistungen in fremden Einrichtungen
Fallen auch die von einer GmbH aufgrund ärztlicher Verordnungen, aber nicht unter fach-
ärztlicher Aufsicht und Leitung erbrachten Physiotherapieleistungen unter die Steuerbe-
freiung des § 3 Nr. 20 Buchst. e GewStG?

KStG § 27 Abs 8:

Kapitalverkehrsfreiheit, Einlagekonto, Gesonderte Feststellung, Antrag

Bundesfinanzhof Az: VIII R 13/25

1. Ist eine Zahlung einer Kapitalgesellschaft mit Sitz in Luxemburg auch ohne Durchfüh-
rung eines Feststellungsverfahrens nach § 27 Abs. 8 KStG als nicht steuerbare Einlagen-
rückgewähr zu behandeln?
2. Verstößt die Regelung des § 27 Abs. 8 Satz 9 KStG, die aufgrund eines fehlenden bzw.
nicht fristgerechten Antrags der leistenden und in einem anderen Mitgliedstaat der EU an-
sässigen Kapitalgesellschaft die Rückzahlung des Kapitals im Wege einer Fiktion (Einla-
genrückgewähr) als steuerpflichtige Gewinnausschüttung bei dem im Inland ansässigen
Gesellschafter behandelt, während für im Inland ansässige Kapitalgesellschaften ohne
Antrag eine gesonderte Feststellung des steuerlichen Einlagekontos zur Ermittlung der
beim Gesellschafter steuerneutralen Einlagenrückgewähr durchgeführt wird, gegen die
Kapitalverkehrsfreiheit gemäß Art. 63 Abs. 3, Art. 65 AEUV?

KStG § 5 Abs 1 Nr 9:

Aufhebung, Auflösung, Körperschaft, Steuerbefreiung, Änderungsbescheid

Bundesfinanzhof Az: VII R 24/25

Führt die Auflösung oder Aufhebung einer Körperschaft und der Eintritt in die Liquida-
tion bereits für sich genommen zum Verlust der Steuerbefreiung des § 5 Abs. 1 Nr. 9 des
Körperschaftsteuergesetzes?

Ist im Fall der Auflösung oder Aufhebung einer Körperschaft § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2
AO gemäß § 61 Abs. 3 Satz 2, § 63 Abs. 2 AO mit der Maßgabe anzuwenden, dass Steu-
erbescheide erlassen, aufgehoben oder geändert werden können, soweit sie Steuern be-
treffen, die innerhalb der letzten zehn Kalenderjahre vor der Auflösung oder Aufhebung
entstanden sind?

KStG § 8 Abs 3 S 2:

Verdeckte Gewinnausschüttung, Gewerbesteuerpflicht

Bundesfinanzhof Az: VII R 25/25

Löst der Ansatz verdeckter Gewinnausschüttungen eine partielle Gewerbesteuerpflicht
aus oder sind die Erträge von der Steuerbefreiungsvorschrift des § 3 Nr. 20 Buchst. d Ge-
wStG erfasst?

UStG § 1:

Sachverständigenrat, Steuerbarkeit, Selbständigkeit, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: V R 26/25

Hat der Kläger durch seine Berufung in einen Sachverständigenrat eine unternehmerische
Tätigkeit begründet und stellen die gezahlten Aufwandsentschädigungen umsatzsteuer-
bare und umsatzsteuerpflichtige Einnahmen dar?

UStG § 14c Abs 1 S 1:

Rechnungsberichtigung, Endverbraucher, Umsatzsteuererstattung, Bestandskraft

Bundesfinanzhof Az: V R 11/25

Kann ein Unternehmer, der in einem Erstjahr über eine steuerfreie Leistung eine Rechnung mit Steuerausweis an Endverbraucher ausgestellt hat, aufgrund einer Rechnungsberichtigung in einem Folgejahr (Streitjahr), die den Steuerausweis entfallen lässt, eine Steuerminderung geltend machen, obwohl aufgrund der Rechnungserteilung an Endverbraucher bereits im Erstjahr keine Steuerschuld nach § 14c Abs. 1 Satz 1 UStG entstanden ist? Kommt es hierbei darauf an, ob die Steuer für das Erstjahr bereits bestandskräftig festgesetzt wurde?

UStG § 4 Nr 21 Buchst a DBuchst bb:

Umsatzsteuerbefreiung, Kampfsportschule, Berufsausbildung, Gemischter Kurs

Bundesfinanzhof Az: V R 30/25

Zur Umsatzsteuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 MwStSystRL, § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG beim Betrieb einer (hier: in der Rechtsform einer GbR betriebenen) Kampfsportschule

Welche Anforderungen haben unmittelbar dem Bildungszweck dienende Leistungen im Sinne des § 4 Nr. 21 Buchst. a UStG, die zum Erwerb oder zur Erhaltung beruflicher Kenntnisse geeignet sind, zu erfüllen?

ZK Art 221:

Einfuhrabgaben, Verjährung, Fristberechnung

Bundesfinanzhof Az: VII R 20/25

Ist Art. 103 Abs 2 UZK auch auf Einfuhrabgaben anzuwenden, welche vor dem 1. Mai 2016 entstanden sind?